

„Bundestag früher über Exporte informieren“



*Ruprecht Polenz, 66, CDU, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Bundestags, über die Geheimhaltungs-politik bei Waff-
fenexporten*

SPIEGEL: Herr Polenz, die Bundesregierung billigt einen Verkauf von Leopard-Panzern an Saudi-Arabien. Was halten Sie von diesem Geschäft?

Polenz: Ich weiß nicht, ob dieser Verkauf wirklich geplant ist. Ich beziehe meine Informationen darüber wie jeder Bürger aus der Presse.

SPIEGEL: Warum lassen Sie sich das als Abgeordneter gefallen?

Polenz: Ich dränge darauf, dass die Bundesregierung ihre Informationspolitik ändert. Es ist sehr unbefriedigend, dass der Bundestag erst dann über Waffenverkäufe debattieren kann, wenn diese im Rüstungsexportbericht veröffentlicht worden sind. Zu diesem Zeitpunkt hat es häufig bereits ein langes und vertrauliches Beratungsverfahren gegeben, in das das Parlament nicht eingebunden war. Wir brauchen in diesen Fragen mehr Transparenz.

SPIEGEL: Wie könnte die sichergestellt werden?

Polenz: Die Regierung sollte den Bundestag deutlich früher über geplante Rüstungsexporte informieren. Dann könnte man auf einer vernünftigen Grundlage darüber debattieren, ob sie sinnvoll sind.

SPIEGEL: Die Bundesregierung sagt, dass Geheimhaltung bei heiklen Rüstungsgeschäften nötig sei.

Polenz: In Einzelfällen mag das zutreffen. Diese könnte man in einem vertraulichen Bundestagsgremium diskutieren, wie es das etwa für die Geheimdienste gibt. Dort könnte auch darüber beraten werden, ob Geheimhaltung wirklich nötig ist.

SPIEGEL: Wie stehen Sie zu möglichen Panzerlieferungen an die Saudis?

Polenz: Mir fallen derzeit keine zwingenden Gründe für ein solches Geschäft ein. Saudi-Arabien spielt beim Umbruch in der arabischen Welt keine gute Rolle. Außerdem liegt mir auch die Sicherheit Israels am Herzen.



Saudischer König Abdullah auf Truppenbesuch

Waffentraining für die Saudis

Die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) unterstützt das Waffentraining für Sicherheitskräfte des saudi-arabischen Regimes. Die GIZ setzt vornehmlich im Auftrag des Entwicklungsministeriums Projekte um. Aber GIZ-Übersetzer dolmetschen auch das in „Kursen gesprochene Wort“, wenn Bundespolizisten saudische Grenzschützer in der Handhabung von Schusswaffen unterweisen, so ein Sprecher des Bundesinnenministeriums (BMI). Seit 2009 bilden Bundespolizisten die Saudis aus. Nach Angaben des BMI trainieren sie nicht nur „Durchsuchungen von Personen“, sondern auch den Umgang mit „Langwaffen“. Deutsche Beamte schulen ihre Kollegen, nachdem Saudi-Arabien beim Rüstungshersteller EADS Überwachungstechnik im Wert von mehreren Milliarden Euro zur Grenzsicherung bestellt hat. Der Abgeordnete Niema Movassat (Linke), Mitglied im Entwicklungsausschuss des Bundestages, befürchtet, „die mit Hilfe der GIZ ausgebildeten Soldaten könnten gegen die eigene Bevölkerung eingesetzt werden“. Die entwicklungspolitische Sprecherin der Grünen, Ute Koczy, fordert: „Die direkte Beteiligung an der Ausbildung von Grenzbeamten eines menschenrechtsverachtenden Regimes muss eingestellt werden.“ Das Ministerium von Entwicklungsminister Dirk Niebel wollte nicht Stellung nehmen und verwies an die GIZ, die erklärte, sie könne hierzu „nichts sagen“. Im März 2011 schickte das saudische Königshaus Truppen ins Nachbarland Bahrain und half dem dortigen Regime, seine Macht gegen Oppositionsproteste zu sichern.

CDU

Laschet wildert bei Piraten

Am Samstag soll in Krefeld auf dem Parteitag der NRW-CDU der frühere Integrationsminister Armin Laschet zum neuen Landesvorsitzenden gewählt werden. Der Jurist aus Aachen will nach dem Röttgen-Debakel den größten Landesverband der CDU neu aufstellen und setzt dabei auf Anleihen bei den Piraten. Deren Kommunikationsform mittels Liquid Feedback

will Laschet nutzen, um den „vielfältigen Sachverstand unserer Mitglieder einzubinden“. Im Internet sollen sie demnächst direkt mit dem Landesvorstand kommunizieren und sich in Diskussionen einbringen – eine Art „virtueller Dämmerchoppen“, so Laschet. Daneben setzt der Neue auf den Rat von Kurt Biedenkopf, 82, einst Ministerpräsident von Sachsen und in den achtziger Jahren auch CDU-Chef in NRW. Laschet muss Widerstände innerhalb der Partei und vor allem bei den Bürgern überwinden: Nach einer Umfrage trauen nur 14 Prozent der Wähler im Land Laschet zu, die CDU aus der Krise zu führen.

QUERSCHNITT

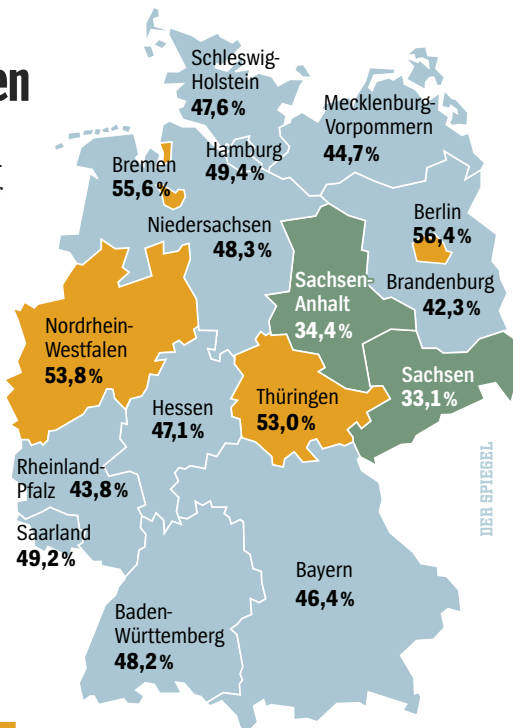
Lernen von den Alten

Fast jeder zweite Lehrer in Deutschland hat seinen 50. Geburtstag bereits hinter sich. Für Lehramtsstudenten ein Grund zur Freude. Ihr Einsatz im Klassenzimmer dürfte vor allem an den Schulen in Berlin bald dringend nötig werden. Dort bewegen sich 56,4 Prozent der Lehrerschaft in Richtung Ruhestand. Junge Lehrer gibt es vor allem in Ostdeutschland. In Sachsen sind nur 33,1 Prozent der Schulpädagogen älter als 50 Jahre, in Sachsen-Anhalt sind es 34,4 Prozent.

Lehrer ab 50 Jahren

Anteil an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen

unter 40 % 40 bis 50 % über 50 %



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

PARTEIEN

Grüne mögen Kanzlerin

Unter Anhängern der Grünen erfreut sich Bundeskanzlerin Angela Merkel wachsender Beliebtheit. Nach einer Umfrage von TNS Infratest im Auftrag des Grünen-Bundesvorstands wuchs unter Grünen-Wählern die Zustimmung zu der CDU-Politikerin seit

Frühjahr 2011 von 31 auf 50 Prozent. Damals hatte die CDU-Kanzlerin die Reaktorkatastrophe von Fukushima zum Anlass genommen, die Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke rückgängig zu machen. Merkel liegt jetzt in der Gunst der Grünen auf einer Höhe mit dem möglichen SPD-Kanzlerkandidaten Frank-Walter Steinmeier. Die Umfrage vom März dieses Jahres wird vom Bundesvorstand unter Verschluss gehalten.

KATHOLIKEN

Druck von beiden Seiten

Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Robert Zollitsch, wird nicht nur von jenen Pfarrern unter Druck gesetzt, die in ihren Ge-



Zollitsch

PATRICK SEIGER / DPA

meinden trotz Verbots wiederverheirateten Geschiedenen die Kommunion erteilen. Nun kritisieren ihn auch Organisationen romtreuer Geistlicher: Das „Netzwerk katholischer Priester“, das rund 500 konservative Pfarrer repräsentiert, fordert nach einem Treffen von Zollitsch mit Rebellen-Priestern, „Reformforderungen nicht zweideutig zu kommentieren, sondern sich an die eindeutigen Grundsätze der Lehre der Kirche zu halten“. Laut Netzwerksprecher Guido Rodheudt sehe Zollitsch zu, „wie die Eindeutigkeit der katholischen Botschaft ins Zwielicht“ gerate. Unterstützung bekommen die Konservativen vom Kölner Kardinal Joachim Meisner, der die Forderungen der Rebellen tadelt: Die Unauflöslichkeit der Ehe könne von der Kirche nicht aufgegeben werden.